Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Die soziale Aufgabe des Unternehmers

Dritte Herbsttagung der Vereinigung für freies Unternehmertum

Von der individuellen zur sozialen Freiheitsidee — unter diesem Leitstern steht das ganze Wirken der Vereinigung für freies Unternehmertum, welche seit einigen Jahren eine ständig mehr beachtete Aktivität entfaltet. In der Tat liegt in der Möglichkeit der Harmonie zwischen der Freiheit des Unternehmers und der Wohlfahrt des Volksganzen die große — ja die einzige Chance einer freiheitlichen Wirtschaftskonzeption. Diese Harmonie zu verwirklichen, ist eine der dringlichsten Pflichten der heutigen Unternehmerschaft, ist ihre eigentliche «soziale Aufgabe».

Das Thema der diesjährigen Herbsttagung der VfU in Unterwasser war demnach ebenso aktuell wie tiefschürfend, was denn auch in allen Referaten deutlich zum Ausdruck kam. Prof. Dr. *H. Achinger,* Frankfurt a. M., dessen Manuskript infolge seiner Erkrankung von *H. G. Stokar* vorgetragen wurde, äußerte sich zu den *«Gefahren des Wohlfahrtsstaates».* Nachdem seit der Jahrhundertwende der Schutz der wirtschaftlich Schwachen zu einer immer allgemeiner anerkannten Aufgabe geworden ist, stehen wir heute vor der Gefahr einer Übertreibung des Sicherungsgedankens. «Freiheit von Not» ist zu einem selbstverständlichen «Recht» des einzelnen geworden, das ihm vermeintlich einen unbedingten Anspruch auf staatliche Hilfe in jeder Notlage verleiht. Die verhängnisvollen Folgen dieser am rein Materiellen haftenden Anschauung zeichnen sich heute schon in verschiedenen Ländern ab: Auf der Unternehmerseite hat das System der gesteigerten obligatorischen Sozialabzüge eine deutliche Schwächung des Produktionswillens und der Initiative zur Folge, während der wirtschaftlich Schwächere immer weniger Sinn in der Selbsthilfe zu entdecken vermag.

Rückgang der Produktion im Verein mit einer Abnahme des Arbeitswillens bedeutet Sterilisierung der Wirtschaft, welche ja letztlich alle Sozialaufwendungen zu beschaffen hat. Was nützt schließlich eine möglichst gleichmäßige Einkommensverteilung, ein weit getriebenes soziales Sicherheitssystem, wenn der allgemeine Lebensstandard infolge mangelnder Produktivität der Wirtschaft im Sinken begriffen ist?

Doch sind die Gefahren des Wohlfahrtsstaates damit noch nicht in ihrem eigentlichen Kern aufgezeigt. Am bedenklichsten an der Zentralisierung und Bürokratisierung des Fürsorgewesens ist die Tatsache, daß der Wechsel in der Trägerschaft sozialer Verantwortung — vom einzelnen zum Staat — auf Kosten der Menschlichkeit vor sich geht. Individuelle Fürsorge kann zu einem neuen Start ermutigen; staatliche Unterstützung aber, welche in der Atmosphäre kalter Anonymität verteilt wird, wirkt erniedrigend, abstumpfend. So entschwindet zusehends jene lebendige Kraft, welche am Ursprung des sozialen Gedankens wirksam war: die Nächstenliebe, der Glaube an den aufrichtigen Helferwillen des Menschen.

Was wir brauchen, so schloß Prof. Achinger seine Mahnworte, ist eine Stärkung der geeigneten Träger sozialer Verantwortung: der einzelnen Persönlichkeit,

der Familie, des Betriebes, privater Gemeinschaften. Nur auf diesem Wege — der für viele Länder einen Abbau an staatlicher Fürsorgetätigkeit erfordert — läßt sich verhindern, daß die berechtigte und notwendige Hilfe an Arme und Schwache zu einem egalisierenden, alle aufbauwilligen und risikofreudigen Kräfte lähmenden Versorgungsinstitutionalismus entartet.

Auf dem Hintergrunde dieser mit markanten Strichen gezeichneten Gegenwartssituation umriß Dr. *Heinrich Spoerry,* Wald, *«Die soziale Aufgabe des Unternehmers»,* gleichsam als Antwort auf die im vorangegangenen Referat aufgestiegene Frage, wie denn nun die Alternativlösung zum Wohlfahrtsstaat aussehe. Dr. Spoerry legte ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft ab, welches nicht nur durch freimütig dargebotene Zahlenbelege aus dem eigenen Betrieb, sondern auch durch die erfreuliche Tatsache, daß der Referent gleich mehrere Angestellte seiner Firma an die Tagung eingeladen hatte, den Eindruck einer wirklichen Überzeugung vermittelte.

Im Gegensatz zur liberalistischen Theorie alter Prägung, welche sich in falschem Optimismus durch bloße Entfesselung aller vorher gebundenen Kräfte der Wirtschaft die Lösung der sozialen Frage versprach, vertraut man heute nicht mehr blind der sog. «automatischen Selbststeuerung des Marktes». Als bewegendes Zentrum einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist vielmehr die verantwortliche Persönlichkeit des Unternehmers erkannt worden, dessen erste soziale Aufgabe dem Wohlergehen seiner Betriebsangehörigen und der gesunden Entwicklung des Betriebes gilt.

Aus der Fülle der hierin beschlossenen Unternehmerpflichten erwähnte der Referent als wichtigste Einzelpunkte: Die Sicherung der Beschäftigung als notwendige Voraussetzung für die Lösung aller sozialen Probleme, wenn nötig unter Einsatz von Reserven; die Pflege der menschlichen Beziehungen im Betrieb, wozu auch die Sorge um eine echte Erlebnis-Beziehung des Arbeiters zu seiner Arbeit und die Hebung seines Interesses am ganzen Betrieb gehört; schließlich die materielle Besserstellung des Arbeiters durch Produktivitätssteigerung. Mit der Erfüllung dieser Pflichten erst entsteht das Klima für die soziale Fürsorge im engeren Sinn, d. h. für die Bemühungen zur Beseitigung von eigentlichen Notlagen. Alle Maßnahmen in diesem Rahmen, wie Unfallverhütung, Arbeitshygiene, Arbeitslosen- und Altersversicherung, Wohnungs- und Familienfürsorge etc. möchte Dr. Spoerry nicht als Kern der sozialen Aufgabe, sondern als «Zugabe» verstanden wissen.

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, als sei das Quantitative der entscheidende Faktor der sozialen Frage. Und wir müssen uns vor dem sozialen Leerlauf hüten, der immer dann droht, wenn sich der Staat einer Aufgabe annimmt, die nicht die seinige ist [1]). Soziale Lösungen werden unsozial, wenn sie in ein Zwangsschema gepreßt werden. Denn dann ermangeln sie gerade des eigentlichen Heilmittels in sozialen Konfliktssituationen: der verstehenden Menschenliebe.

Ernst Jucker, Tann/Rüti, sprach zum Abschluß der Tagung zur *«Sozialpolitischen Lage».* Sein packendes Referat, gegründet auf profunde Kenntnis der politischen Gegenwartsströmungen und Gefahrenherde, mündete in die unausweichliche Alternative: hier totaler Niedergang des Unternehmertums, das sich nicht auf der Höhe der geistigen Situation unserer Zeit befindet; dort aber die einzigartige Chance für den verantwortungsbewußten und hingabebereiten Unternehmer, zum Führer einer neuen und fruchtbaren Entwicklung des sozialen Lebens zu werden.

Max Rapold

---

[1]) Als bezeichnendes Beispiel solchen Leerlaufes wurde eine statistische Feststellung aus Labour-England erwähnt, wonach bei durchschnittlichen Sozialbeiträgen von 67 sh. die durchschnittliche Leistung der social security den Betrag von 58 sh. erreichte.

Das Problem des Ruhestandes

Die vorläufigen Feststellungen der letzten eidgenössischen Volkszählung ergeben, daß im Jahre 1950 nahezu 10% der Einwohner der Schweiz das Schicksalsalter von 65 Jahren erreicht oder schon überschritten hatten, das gewöhnlich für die Armee der Angestellten, Beamten und Arbeiter den Zeitpunkt der Pensionierung bildet. Schon diese Zahl allein unterstreicht die *Bedeutung des Problems des Ruhestandes,* besonders für unser kleines Land.

Noch am Anfang dieses Jahrhunderts löste sich diese Frage fast von selbst. Die Lebenskosten waren viel niedriger, die Wohnungen größer, die Steuerlast leichter, die Beziehungen zwischen Stadt und Land enger, die mittlere Lebensdauer des Menschen kürzer und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Familien enger als heute. Dieser scheinbar idyllische Zustand, den wir sicher nicht wieder finden werden, ist weggefegt und durch ein viel komplizierteres System der Vorsorge ersetzt worden, von dem man auch nicht sicher sagen kann, ob es besser sei als das vorherige, das aber doch einen gewissen sozialen Fortschritt bedeutet.

Schon lange vor dem Kriege und begünstigt durch die Hochkonjunktur haben eine große Zahl von Unternehmerfirmen Pensionskassen und ähnliche Institute zur Vorsorge für ihre Angestellten eröffnet. Dank dem Zuschuß der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung scheint heute das Los der aus der Arbeit Entlassenen materiell gesicherter als früher. Man trifft nicht selten Pensionierte, die mit ihrem Los wohl zufrieden sind und oft die Zeit zu kurz finden, um alles auszuführen, was sie tun möchten. Vielleicht handelt es sich da doch um gewisse Bevorzugte. Jedenfalls fehlt noch vieles, um das Schicksal der aus dem Dienst Entlassenen befriedigend zu lösen, wenn es überhaupt möglich sein sollte, eine solche Situation endgültig zu regulieren, da sie doch immer wieder durch persönliche Umstände und allgemeine Zustände in Frage gestellt wird. Abgesehen von den Vorschlägen, welche die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft im Jahre 1952 veröffentlicht hat, scheint dieses soziale und psychologische Problem der Pensionierten bis heute noch nie auf nationaler Ebene untersucht worden zu sein. Was bisher auf diesem Gebiet in der Schweiz zustande gekommen ist, hat sich fast ausschließlich auf Handels- und Industrieunternehmungen und gewisse Verwaltungsgruppen beschränkt. Deshalb ist das bis heute zur Verfügung stehende Feld der Beobachtung noch sehr beschränkt und fragmentiert; trotzdem bildet es eine günstige Ausgangslage für weitere Forschung und Klarstellung einfacher und praktischer Lösungen. In unserem so eng begrenzten und föderalistischen Lande ist es immer gefährlich, sofort mit schematischen Lösungen aufzutreten und von Organisationsplänen alles zu erwarten. Besser ist es jedenfalls, zuerst an Ort und Stelle die wirklichen Bedürfnisse festzustellen, einzelne Männer von Erfahrung und warmem Herzen zu konsultieren und dann, unter Beachtung der wirklich vorhandenen Mittel, etwas zu unternehmen.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf eine einschlägige Studie aufmerksam machen, die der Zürcher *W. Naegeli* im Verlag «Mensch und Arbeit» in Zürich unter dem Titel: *Pensionierte. Wie verwende ich meine Zeit?* erscheinen ließ. Diese Broschüre ist reich an praktischen Vorschlägen, von denen mehrere amerikanischer Quelle entstammen. Der Zürcher Zeichner Tomamichel hat sie illustriert. Damit ist sicher ein guter Anfang gemacht.

Ein für den Erfolg wichtiger Faktor, der selten beachtet wird, besteht in der rechtzeitigen, ja reichlich frühen Vorbereitung des Ruhestandes, der ja jeden, ob Direktor oder Vorarbeiter, Angestellter oder Beamter, vor die gleichen menschlichen Probleme stellt. Einzelne amerikanische Geschäftshäuser pflegen von Zeit zu Zeit ihre zukünftigen Pensionierten zu versammeln, oft schon drei oder fünf

Jahre vor dem Zeitpunkt des Rücktrittes, um denselben mit ihnen zu besprechen und ihnen allerhand diesbezügliche Erfahrungen mitzuteilen. Andere Betriebe wieder geben sogar den in 2 bis 3 Jahren zu entlassenden Angestellten wöchentlich einen zuschlägigen halben oder ganzen Tag frei, um ihnen den Übergang in den Ruhestand zu erleichtern. Dies ist eine besonders diskrete und kluge Methode, um auch die Ehefrau des Angestellten auf die zukünftige andere Lebensweise des Mannes vorzubereiten, die ja oft wichtige Änderungen im Lebensstandard und im ganzen Programm des Familienlebens mit sich bringt.

Natürlich spielt die Höhe der Altersrente oder die von der Firma an die Beamten und Arbeiter geleistete Auszahlung eine wichtige Rolle für das materielle Wohl der Pensionierten, aber doch ist sie nicht entscheidend für den Erfolg dieses neuen Lebens. Die Erfahrung zeigt z. B., daß sich Arbeiter und Handwerker, die in dieser Hinsicht weniger begünstigt sind als Angestellte und Beamte, leichter der neuen Lebenslage anpassen, denn sie haben jetzt unbeschränkte Freiheit, sich ihrem meist angeborenen Hang zur Handfertigkeit oder Gärtnerei hinzugeben. Während der Bauer oft in kluger Weise nach und nach die beschwerlichen Arbeiten und später die verantwortliche Leitung des Hofes den Kindern überläßt, ist diese Umschichtung für den Geschäftsmann oder den Bürochef erheblich schwieriger. Je mehr er in seinem Beruf ganz aufgegangen ist, ihm vielleicht sogar Familie und Gesundheit geopfert hat, um so mühsamer ist es für ihn, sich einem ganz neuen Lebensrhythmus anzupassen und auf gewisse materielle und gesellschaftliche Annehmlichkeiten zu verzichten.

Dies kann nur anders und gut werden, wenn der zukünftige Pensionierte neben seinem Beruf auch sonst noch ein lebendiges Interesse für irgend etwas bewahrt hat. Ohne dieses lauert die Gefahr des Müßigganges, der Langeweile, des Sich-gehenlassens auf ihn, welches auch sonst immer seine materielle oder gesellschaftliche Stellung sein mag. Das Interesse kann irgendwelcher Art sein — nützliche Beschäftigung, Hobby, Kunst, wenn nur der Geist wach erhalten bleibt, und dadurch irgendwelche, vielleicht noch schlummernde Gaben, Handfertigkeiten, geistige, künstlerische, soziale oder religiöse Triebe entwickelt werden können. Auch der Genuß des dolce far niente sei nicht vergessen. Das der menschlichen Natur innewohnende Bedürfnis zu sammeln, zu produzieren, Opfer zu bringen, kann sich auf diese Weise frei entfalten und nicht nur das Leben des Pensionierten und seiner Umgebung bereichern, sondern oft auch der Allgemeinheit von Nutzen sein.

Aymon de Mestral

Bericht aus Paris

Ersatz für die EVG

Ein großer Teil der französischen öffentlichen Meinung hat es freudig begrüßt, daß Pierre Mendès-France in London die internationale Resonnanz wieder gefunden hat, die ihm in Brüssel verloren gegangen war. Eine neue, bedeutsame Strecke auf dem Wege zu der durch den Zusammenbruch der EVG schon ernstlich bedrohten europäischen Gemeinschaft ist damit zurückgelegt. Der Ministerpräsident hatte sich am 30. August gewissermaßen als Angeklagter einer Nationalversammlung zu stellen gehabt, aus deren Mitte ihm der Vorwurf entgegentönte, er habe Frankreich von seinen Verbündeten getrennt; im Oktober jedoch, nach den erfolgreichen Londoner Besprechungen, sparte das gleiche Gremium nicht mit Lobsprüchen. Trotz monatelangen grimmigen Anstrengungen von neutralistischer

Seite, wie auch von einzelnen politischen und militärischen, der EVG bewußt feindlich gesinnten Persönlichkeiten konnte eine Verständigung über die in engen Beziehungen zur atlantischen Koalition stehende Wiederbewaffnung Deutschlands erzielt werden. Man kann also voraussichtlich binnen kurzem im Rahmen der NATO die neu aufgestellte Wehrmacht sehen — und daran die Reichweite der so erstaunlichen Entwicklung messen. Diese Integration, von der manche noch heute die gleichen Nachteile und die gleichen Gefahren wie von der EVG befürchten, kann jedoch der logischerweise in enger Abhängigkeit vom atlantischen Kommando stehenden deutschen Armee keinesfalls zum Vorwand für die Errichtung eines autonomen Kampfkörpers dienen. Irrtum vorbehalten, wird hier das ganze deutsche Heer zum erstenmal seit Napoleon dem Kommando einer fremden, außergermanischen Befehlsmacht unterstellt sein. Die Tragweite dieser Tatsache, der sich, im Pariser Abkommen bestätigt, jetzt auch noch die französisch-deutsche Zusammenarbeit im Saargebiet angliedert, läßt die europäischen Aufbaubemühungen in eine entscheidende Phase eintreten. In einigen Monaten soll die Kohle-Stahl-Gemeinschaft, die sechs Mitgliedstaaten des Pools repräsentierend, nach Saarbrücken übersiedeln. Dadurch wird der europäische Charakter des Saargebietes stärker betont, und überdies erfährt man bereits, die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Montanunion seien ebenfalls auf dem Punkt des Abschlusses angelangt. England wird inskünftig — ohne damit auf sein uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht zu verzichten, auf welchem es zur vollen Wahrung des britischen Interesses bestehen zu müssen meint — dem «Conseil d'Association» der Hohen Versammlung angehören. Wer an die europäische Idee glaubt, freut sich darüber. Denn es bedeutet den ersten Schritt zur Verwirklichung eines föderierten Europas, das die besten Bindungen für die soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung außerhalb der sowjetischen Sphäre bietet.

Mendès sagt: «Frankreich und Deutschland brauchen einander»

Nach vier Jahren gegenseitigen Streitens, Drängens, Anklagens, das manchmal an der Realität des westlichen Zusammenhangs zweifeln lassen konnte, hat sich nun ein Blatt der europäischen Geschichte gewendet, ist eine neue Seite aufgeschlagen. Deutschland, das — verglichen mit den Verhältnissen im Dritten Reich — in seinem dreimal engeren Raum erstickt, erhält die Kompensation, welche die Phantasie seiner Bürger vor allem anderen entzünden muß: Ausgänge nach Afrika. Das gibt der Bundesrepublik die Möglichkeit, sich an der Erschließung der unermeßlichen Gebiete zu beteiligen, welche Frankreich im Schoße der französischen Union kontrolliert, riesiger Ländereien, deren Nutzbarmachung heute eine großzügige Investierungs- und Besiedlungspolitik erfordert. Dagegen könnte Frankreich seinerseits eine eigene Schwierigkeit überwinden, indem es unter Umständen in Deutschland schätzbare Absatzgebiete für seine überschüssigen Landwirtschaftsprodukte fände. Die französisch-deutsche Verbindung im atlantischen Rahmen eröffnet demnach Aussichten, die, wenn sie noch das Mißtrauen mancher Franzosen erregen, dennoch auf eine fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit hoffen lassen. Pierre Mendès-France hat sich nicht gescheut, es mit dem seine ganze Politik kennzeichnenden Realismus auszusprechen: die Natur der Dinge und ein höheres Interesse dieser beiden durch ihre geographische Lage zu einer ergänzenden Aufgabe miteinander verbundenen Völker fordern ein solches Zusammengehen.

Es läßt sich offenbar nicht vermeiden, daß Pierre Mendès-France seine Freunde ebenso wie auch seine Gegner immer wieder vor

verblüffende Tatsachen

stellt. Im selben Augenblick, in dem ihn im Kongreß der Radikalen Edouard

Daladier dazu drängt, ohne weitere Umschweife den Weg nach Osten einzuschlagen, mit anderen Worten, neue diplomatische Gespräche mit den Sowjets aufzunehmen, beteiligt er sich höchst persönlich und tatkräftig an der Bildung eines an den Westen angeschlossenen Blockes, dem ja nunmehr auch Deutschland angehört. Allein es hieße die Absichten des Ministerpräsidenten ganz falsch deuten, hielte man ihn für geneigt, seine Regierungshandlungen in Zukunft den Ansprüchen der amerikanischen Politik besser anzupassen. Sein neuliches Zusammentreffen mit General de Gaulle lüftet ein wenig — obschon kein offizielles Communiqué darüber erschienen ist — den Schleier, der den Endzweck seiner Politik verhüllt, und läßt, wenn man dem «Expreß», der offiziösen Wochenschrift, die sein Vertrauen besitzt, Glauben schenken darf, seine von jeher verfolgte Tendenz erkennen: gemeinsam mit den Sowjets eine annehmbare und dauernde Lösung des dramatischen Ostproblems zu suchen. In der Tat könnte man sich die ihm von gaullistischen Kreisen, von Neutralisten und sogar von der kommunistischen Partei gewährte Unterstützung nur schwer erklären, wenn man diesen wesentlichen Faktor des Mendès-Planes übersähe. Seit der Übernahme seines Ministeriums scheint er sich eine Annäherung an Moskau zum Ziele zu setzen. Kommt er auch selten auf dieses sein Anliegen zu sprechen, so bleibt es nichtsdestoweniger ein Hauptstück seiner Politik, die nur deshalb vielen undurchsichtig scheint, weil sie um seine Absichten gegenüber Rußland Dunkelheiten und Zweifel bestehen läßt. Zahlreiche Deputierte der Mehrheit, die der EVG kompromißlos feindselig gegenüberstanden, mit ihren Voten jedoch die Londoner Vereinbarungen genehmigt haben — wie dies bei den gaullistischen Abgeordneten und einem Teil der Radikalen der Fall war —, würden einen neuen Versuch, mit den Sowjets zu unterhandeln, begrüßen, und vor allem die Herbeiziehung der letzteren bei der Neuordnung des europäischen Problems wünschen. Das ist auch die Meinung, die Gaston Palewski, Vizepräsident der Nationalversammlung, entschieden vertritt; er widersetzte sich jeder Ratifizierung, wenn einer solchen nicht Verhandlungen mit den Sowjets vorangingen. Pierre Mendès-France erkennt wohl, daß Sir Winston Churchill und Eden sich das Monopol der nach Osten ausgestreckten Hand wahren möchten, hat aber anderseits keine Lust, sich das, was er «eine der französischen Chancen» nennt, entgehen zu lassen. In diesem Punkte trifft er sich mit General de Gaulle, dem für Frankreich nach wie vor eine große Vermittlerrolle zwischen Westen und Osten vorschwebt. Man glaubt zu wissen, der Gedanke,

General de Gaulle mit einer außerordentlichen Mission bei der Sowjetregierung zu betrauen,

stamme vom Ministerpräsidenten selber, und der General, der mit allen seinen Kräften eine Annäherung der beiden Blöcke erstrebt, habe sich dem Vorschlag nicht abgeneigt gezeigt, ohne sich freilich bereits zu binden. Sicherlich hätte er nichts dagegen, gerade im jetzigen Zeitpunkt, da seine Memoiren die Öffentlichkeit leidenschaftlich erregen — auch in Lager auseinanderreißen — und ihr Erfolg die Aufmerksamkeit auf seine Person lenkt, in der dankbaren Rolle eines außerordentlichen Botschafters aufzutreten, dem die historische Aufgabe zufiele, dem Westen als Wortführer zu dienen. Man hat noch nicht vergessen, daß der einstige Chef des freien Frankreich am Morgen nach der Befreiung nichts Eiligeres zu tun gehabt hatte, als einen Freundschaftspakt mit den Sowjets zu unterzeichnen; und noch immer scheint er am Heimweh nach jener Vergangenheit — Maurice Thorez war damals Vizeministerpräsident — zu leiden, da es ihm so wünschenswert vorkam, das Schicksal Frankreichs durch eine Kontinentalallianz an Rußland zu knüpfen und damit gegen die angelsächsische Welt Front zu machen. Es wird denn wohl auch nicht lange gehen, und in der inneren Ordnung dürften sich die Folgen der Besprechung Mendès - Gaulle und ihre unausbleiblichen Rückwirkungen auf die Aus-

landpolitik Frankreichs fühlbar machen. Das Kabinett Mendès ist eine Schockregierung und ruft mit der unerwarteten Art, wie es seine Aufgaben anpackt, bisweilen Erstaunen, sogar Erschrecken hervor. Allein im großen ganzen schenkt das Land ihm Vertrauen. Sein ungewohnter Stil, seine Raschheit im Handeln stechen vorteilhaft von der Unbeweglichkeit seiner Vorgänger ab und stellen vielleicht den am meisten in die Augen fallenden, jedenfalls seit langer Zeit überzeugendsten Beweis für die vitale Kraft des Landes dar.

Die Spionageaffäre

Der durch das Bekanntwerden militärischer Geheimnisse heraufbeschworene Skandal hat nicht nur die gebräuchlichen Praktiken der Spionage, dieses nun einmal unvermeidlichen Übels, ans Licht gebracht, sondern auch — nicht minder bedenklich — die Prozeduren der kommunistischen Durchdringung höchster Sphären im Staate. An Stelle einer Machtergreifung durch Gewalt führt die kommunistische Partei ihren gewohnten Wühlkampf, die methodische Penetration oberster Verwaltungsbehörden. Zugegeben: sie wird dabei mächtig gefördert von der Habgier der einen und der Leichtgläubigkeit der anderen, denen eine heimtückische Propaganda beizubringen gewußt hat, nur Naive und Dumme setzten auf den Antikommunismus. Daß der Generalsekretär der Landesverteidigung zwei Individuen, die Verrat begingen, als enge Mitarbeiter in sein Vertrauen gezogen hatte, zeugt von der schweren moralischen Zerrüttung, welche Funktionäre bedroht, wenn sie den Sinn für den Staat verloren haben. Die Spionagefälle, die den Kommunisten und ihren Freunden Vorteil gebracht haben, ereigneten sich zu einem Zeitpunkt, zu welchem französische Menschenleben in Tongking geopfert wurden, was vermuten läßt, daß das Vietminh-Oberkommando täglich erfahren konnte, was es zu erfahren begehrte, und daß es wohl keinen Materialtransport, keinen Plan gegeben hat, über den es nicht orientiert gewesen wäre. Das empörende Paradoxon jedoch ist, wie André Frossard mit seinem gesunden und kräftigen Verstand im «Aurore» feststellt, daß die kommunistische Partei in Frankreich als offizielle Vertreterin der russischen Politik auftreten darf, und dennoch und gleichzeitig die Vorteile einer verfassungsmäßig gesicherten Existenz in Anspruch nimmt. Solange diese Anomalie besteht, wird sich jeder militante Kommunist aus Gewissenszwang als Spion aufführen; denn seine Ideologie will, er solle in erster Linie Russe, dann erst Franzose sein.

Man erlaube uns, in diesem Zusammenhang an den

Kongreß von Tours im Dezember 1920

zu erinnern, an welchem sich die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten vollzog. Unter den von der Mehrheit der Sozialisten zurückgewiesenen einundzwanzig Forderungen befand sich eine, die dem Parteimitglied völlige und bedingungslose Hingabe an die Sowjetrepublik vorschrieb. Léon Blum, dem Chef der S.F.I.O., gebührt das Verdienst, die sozialistische Partei bei ihrer nationalen Tradition festgehalten zu haben. Derselbe Léon Blum hat am Abend seines Lebens in dem schönen Buch «A l'Echelle humaine», das man als sein politisches Testament betrachten darf, die Worte geschrieben: «Solange die französische kommunistische Partei eine ausländische Nationalpartei ist, kann es keine französische Einigkeit geben.» Niemals hat der große Staatsmann einen klügeren politischen Ausspruch getan, niemals seinem Land eine ernstere und nützlichere Warnung erteilt. Bekanntlich hat die Zeit seiner Auffassung recht gegeben.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus England

Am 23. März 1895 erhebt sich der Präsident des Deutschen Reichstags, Herr von Levetzow, um dem Hause vorzuschlagen, dem früheren Reichskanzler, dem Fürsten Bismarck, zu seinem 80. Geburtstag am 1. April den Glückwunsch des Reichstags auszusprechen. Nach einer kurzen Debatte, in der die Parteiführer für und gegen den Antrag Stellung nehmen, wird er mit einer Mehrheit von 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Für den Glückwunsch stimmen nur die beiden konservativen Fraktionen, die Nationalliberalen und der kleinere Teil der Freisinnigen. Die Mehrheit der Freisinnigen, für die Eugen Richter spricht, lehnt ihn gemeinsam mit Zentrum, Welfen, Polen und Sozialdemokraten ab.

Am 30. November 1954 vollendet Winston Churchill sein achtzigstes Lebensjahr. An diesem Tage überreicht ihm der Speaker eine wundervoll ausgestattete Adresse, in die sich alle Abgeordneten ohne Unterschied der Partei eingetragen haben. Sie gibt nicht nur der Bewunderung Ausdruck, die sie für den Führer Großbritanniens in des Vaterlandes schwerster Stunde empfinden, sondern auch ihrer persönlichen Zuneigung zu dem illustren Kollegen, den Anhänger und Gegner stets, wenn auch mit geteilten Gefühlen, aber mit gleicher Aufmerksamkeit hören.

Ist nun diese Verschiedenheit in der Einstellung zu dem größten Staatsmann des Tages nur auf die verschiedene Denkart von Deutschen und Engländern, auf ihre ältere oder jüngere parlamentarische Schulung zurückzuführen? Gewiß nicht! Die bedauerliche Haltung des Deutschen Reichstags von 1895 erklärt sich in erster Linie aus den Methoden, die Bismarck selbst zur Durchführung seiner Politik anwandte. Nie hatte er den Menschen von seiner politischen Haltung geschieden, und selbst der Tod endete nicht seine Fehde gegen die, welche er als seine Feinde ansah. Er nannte seine Gegner kurzab «Reichsfeinde» und beschuldigte die Zentrumsabgeordneten, daß ein Mörder an ihren Rockschößen hinge. Wie anders ist das Bild, das

Churchill im politischen Kampf

bietet. Auch er scheut sicherlich vor einem scharfen und harten Wort nicht zurück und macht wohl auch gelegentlich in der Hitze des Gefechts einem Gegner einen Vorwurf, den er später bei ruhigem Blut wahrscheinlich selbst bedauert. Aber wie manches bittere Wortgefecht hat er durch eine witzige oder liebenswürdige Wendung beendet, bei der auch der aufgeregteste Gegner ein Lächeln nicht unterdrücken konnte. Und nie hat er gezögert, auch bei dem anderen ein patriotisches Motiv anzuerkennen, und z. B. dem Sozialisten Shinwell, mit dem er so oft und energisch die Klinge gekreuzt, in öffentlicher Sitzung zu bezeugen, daß er das Herz am rechten Fleck habe. Darum gesteht auch Shinwell in einem vor kurzem veröffentlichten Aufsatz, er habe es nie fertig gebracht, Churchill zu hassen, soviel Mühe er sich auch gegeben habe.

Gewiß spielt hierbei die lange Tradition des englischen Parlaments eine Rolle, und Churchill selbst liebt es, zu betonen, daß er vor allen Dingen ein «House of Commons man» sei. Aber seine Haltung fließt doch vornehmlich aus einer Eigenschaft, die unter den großen Staatsmännern wahrlich allzu selten ist, aus seiner Menschlichkeit. Nur Abraham Lincoln und Gladstone können ihm hierin an die Seite gestellt werden. Von Churchill sagen seine Zeitgenossen — und die Geschichte wird es wiederholen —, er ist ein großer Staatsmann *und* ein großer Mensch. Wer sich von seinem menschlichen Reichtum überzeugen will, braucht nur seine «Weisungen und Telegramme» durchzublättern, die im Anhang der Bände seiner Memoiren abgedruckt sind. Wo hat jemals ein leitender Staatsmann,

auf dessen Schultern die Verantwortung für ein Weltreich in dessen schwerster Stunde lastete, inmitten aller dringenden und drängenden Probleme die Zeit gefunden, sich darum zu kümmern, daß die Soldaten an der Front ihre vier Flaschen Bier in der Woche bekommen und keinen Mangel an Spielkarten hatten, mit denen sie sich die Zeit vertreiben konnten; daß die unter der Verdunkelung leidenden Londoner bessere Transportmöglichkeiten erhielten, damit sie nicht stundenlang an den Bus-Haltestellen Schlange stehen mußten; oder daß mehr Leder zur Reparatur ihres Schuhzeuges zur Verfügung gestellt werden müsse. Und vom Kleinen zum Großen, vom Alltäglichen zum Ewigen aufsteigend, wie empört und bewegt ihn jede Ungerechtigkeit, jede Unmenschlichkeit und Brutalität! Solche Eigenschaften, verbunden mit seinem unerschütterlichen Mut, seinem unerschöpflichen Humor und seiner, auch im hohen Alter, nicht geschwundenen Rednergabe, sichern ihm die Liebe der Engländer, auch derer, die bei jeder Wahl «unentwegt» gegen ihn stimmen.

Sicher gönnen sie ihm in ihrer großen Mehrheit auch, daß er seinen

achtzigsten Geburtstag als Premierminister

von Großbritannien feiern kann — das war bisher nur Palmerston vergönnt gewesen, während Gladstone, der noch in höherem Alter dies Amt bekleidete, an seinem achtzigsten Geburtstag in der Opposition war. Aber so mancher meint, daß er sich nun endlich die wohlverdiente Ruhe des zurückgezogenen «Alten Staatsmanns» und Eden die lang erwartete Nachfolge gönnen sollte. Nur daß er immer noch lebenswichtige Aufgaben findet, denen er sich nicht entziehen zu können glaubt. Die umfassende Umbildung seines Kabinetts, die er vor wenigen Wochen vorgenommen, spricht jedenfalls dafür, daß er sich im Augenblick noch für unentbehrlich hält.

Die interessanteste Einzelheit dieser Umbildung ist das Verschwinden eines ganzen Ministeriums, desjenigen für Ernährung, dem sein eigener Minister Lloyd George bewußt und konsequent das Grab gegraben hat. Denn der Daseinsgrund dieses Ministeriums war die Rationierung der Lebensmittel, und diese ist Stück für Stück abgetragen worden. Das war eines der Ziele der konservativen Regierung, als sie vor drei Jahren ans Ruder kam, und es ist trotz aller Widerstände und düsterer Prophezeiungen erreicht worden. Diese Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt, was die Opposition natürlich nicht hindert, an der wiederhergestellten freien Marktwirtschaft herumzumäkeln. Churchill ist mit dieser Leistung jedenfalls so zufrieden, daß er Lloyd George zum Home Secretary (Minister des Innern) befördert hat, und man darf annehmen, daß der in die große liberale Vergangenheit deutende Name für den aller parteipolitischen Beschränkung abgeneigten Premier ein Grund mehr für diese Beförderung gewesen ist. Der bisherige Home Secretary Sir Maxwell Fyfe, ein vorzüglicher Jurist, der sich besonders um die Durchschleusung schwieriger Vorlagen durch das Unterhaus sehr verdient gemacht hat, rückt zum Lordkanzler auf und erreicht damit das höchste Ziel, das einem ehrgeizigen englischen Juristen vorschweben kann. Harold Macmillan, so erfolgreich auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, ersetzt an der Spitze des Verteidigungswesens den General Lord Alexander, dem die politische Tätigkeit wohl nie so recht gelegen hat. Aber man nimmt an, daß das Verteidigungsministerium nur ein Durchgangsposten für Macmillan sei und daß seine endgültige Bestimmung das Auswärtige Amt ist, sowie Eden es mit dem Ministerpräsidium vertauscht hat.

Daß Eden einmal Churchills Nachfolger sein wird,

bezweifeln weder Freund noch Feind, aber der Premier selbst betont immer wieder,

daß er verfassungsmäßig nicht berechtigt ist, sich seinen Nachfolger zu erwählen. Das Recht, den Premierminister zu ernennen, steht einzig und allein der Königin zu, und sie wird erst in dem Augenblick, in dem Churchill zurücktritt, sagen, wen sie erwählt hat. Aber sie hat ihre Wahl jetzt so deutlich kundgegeben, wie es mit der konstitutionellen Etikette vereinbar ist, indem sie Eden die höchste aller britischen Auszeichnungen, den Hosenbandorden, verliehen hat. Diese Auszeichnung ist allgemein mit dem größten Beifall aufgenommen worden; denn jedermann erkennt das große Verdienst an, das Sir Anthony Eden sich um die Rettung Europas aus der Verwirrung erworben hat, in die es die französische Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gestürzt hatte. Freilich hat er zu diesem Zweck eine Zusage geben müssen, die aller englischen Tradition zuwiderläuft: das Versprechen, ständig ein englisches Heer auf dem Kontinent zu halten. Aber das hat man um der großen Sache willen in Kauf genommen, und es sieht so aus, daß selbst Aneurin Bevans Beredsamkeit die Ratifikation der Verträge nicht verhindern wird.

Viel unerfreulicher sieht es an der

sozialen Front

aus. Streik über Streik haben den Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung gestört. Erst blieben eines Morgens in London die Zeitungen aus, weil zwei Buchdrucker-Gewerkschaften in einen Zunft-Zuständigkeitsstreit geraten waren. Dann mußten die Londoner eine Woche lang einen sehr unbequemen Omnibusstreik über sich ergehen lassen, der ebenso plötzlich aufhörte wie er angefangen hatte, und bei dem die Gewerkschaft, die den Streik mißbilligte, von ihren eigenen Leuten im Stich gelassen wurde. Schließlich kamen fast vier Wochen Dockerstreik, der den schwersten wirtschaftlichen Schaden anrichtete und der teils offiziell und teils nicht offiziell war. D. h. die eine Gewerkschaft bekämpfte ihn ebenso entschieden wie erfolglos, während die andere mit vollen Backen in das Feuer blies. Sachlich drehte sich der Streik um die Überzeitarbeit, aber nicht etwa darum, ob sie nötig und zulässig sei; denn das wurde auch von den Streikenden zugegeben. Sondern der Streik bewegte sich lediglich um die Frage, ob die Überzeitarbeit «compulsory» (obligatorisch) oder «voluntary» (freiwillig) sein sollte. Es war, wie die Verhandlungen vor dem von der Regierung eingesetzten und von einem der höchsten Richter geleiteten Untersuchungsausschuß zeigten, großenteils ein Streik um Worte, der einem mittelalterlichen Konzil Ehre gemacht hätte. Sachkenner sind deshalb der Ansicht, daß der angebliche Streikgrund lediglich vorgeschoben war und daß es sich in erster Linie um einen kommunistischen Versuch handelte, die Kreise der vertragstreuen Gewerkschaft zu stören und die wirtschaftliche Konjunktur zu unterbrechen. Vielleicht war ihr Ziel auch, die Regierung zum Einsatz von Militär zu zwingen, was eine günstige Gelegenheit zur Erregung von Unruhen geliefert hätte. Aber Sir Walter Monckton, der es als konservativer Arbeitsminister verstanden hat, sich auch das Vertrauen der Gewerkschaftsführer zu erwerben, hielt diese äußerste Maßregel zurück, obwohl er anderseits erklärte, daß er im Notfall nicht davon zurückschrecken werde. So erfreulich diese Kaltblütigkeit ist, so unangebracht erscheint die Lauheit eines großen Teils der englischen Presse, die sich zu keiner entschiedenen Stellungnahme gegen diesen frivolen Streik aufschwingen konnte. Auf die Dauer ist freilich das ernsteste Problem, welches diese Streiks aufwerfen, welchen Wert man einem mit einer Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifvertrag beimessen kann, wenn die Gewerkschaften nicht fähig sind, ihre Mitglieder zu seiner Erfüllung anzuhalten.

Erich Eyck

Bericht aus Italien

Stimmung: nüchterne Skepsis

Angesichts der nüchternen Stimmung, die seit einiger Zeit das politische Feld Italiens beherrscht, muß man sich allen Ernstes die Frage stellen, ob die Italiener ihre Begeisterungsfähigkeit auf nordische Temperaturgrade abgekühlt haben. Man hätte füglich erwarten dürfen, daß so augenscheinliche politische Erfolge wie die Regelung der Triestiner Frage oder der erfolgreiche Abschluß der Londoner und Pariser Konferenzen nicht nur der Regierung, sondern der ganzen demokratischen Mehrheit Auftrieb verschafft hätten. In Tat und Wahrheit muß man ihn mit der Laterne suchen. Es ist kein Paradoxon, wenn wir zu behaupten wagen, daß die Bezwingung des K 2 durch eine italienische Expedition, der Totipgewinn von 243 Millionen Lire eines Turiner Krämers und der Empfang der sexappealigen Gina Lollobrigida durch Präsident Eisenhower und Königin Elisabeth die öffentliche Meinung unseres Nachbarvolkes weit mehr beeindruckt haben.

Interessanterweise war die Begeisterung über die Rückgliederung von Triest an Italien in der Adriastadt weit größer als im Mutterlande selbst, obwohl doch gerade die Triestiner mehr Grund als die übrigen Italiener zu Reserviertheit gehabt hätten, sanktionierte das nach langem Verhandeln endlich zustande gekommene Abkommen doch die seit Kriegsende de facto bestehende Abtrennung der Zone B von Italien. Wenn man sich die blutigen Novembertage vor Jahresfrist vor Augen hält, muß man der Regierung Scelba für ihren Mut dankbar sein, daß sie diesen unpopulären Kompromiß auf sich genommen hat. Anerkennung verdient auch die Bevölkerung, daß sie diszipliniert die damit verbundenen Opfer auf sich nahm und durch den Zeichnungserfolg der Anleihe bei Anlaß der Rückgewinnung der umstrittenen Adriastadt ihr Vertrauen aussprach. Falls von jugoslawischer Seite dem Sinn und Buchstaben des Vertrages nachgelebt wird, dürfte sich nach menschlicher Voraussicht schon nach kurzer Anlaufzeit ein ersprießliches Nachbarverhältnis zwischen den beiden Adriastaaten einstellen, ganz besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, worin sie sich so vorteilhaft ergänzen. Der Abzug der angelsächsischen Truppen aus Triest, der nicht ohne einen Mißklang erfolgte, dürfte als Folge auch eine Verminderung der latenten Anglophobie im Gefolge haben, die in letzter Zeit einer sachlichen Anerkennung der britischen Verdienste um die Integration Europas wich.

Die plötzliche Kehrtwendung Moskaus in der Adriafrage, die auf eine offene Desavouierung der von seinen Anhängern in Italien bisher betriebenen Obstruktionspolitik hinauslief, dürfte Togliatti und seinem linkssozialistischen Trabanten Nenni kaum viele Stimmen kosten.

Die kommunistische Welle läuft südwärts

Die italienischen Nachwahlen, ganz im Gegensatz zu den englischen, lassen keine einigermaßen sichern Schlüsse auf die allgemeine Tendenz zu, hängen die Wahlergebnisse doch viel mehr von Zufallskonstellationen und persönlichen Beeinflussungen ab als im wahldisziplinierten Inselreich. Man tut deshalb gut, die Wahlergebnisse cum grano salis aufzunehmen und vor allem keine voreiligen verallgemeinernde Schlüsse daraus zu ziehen. Persönlich glauben wir nicht an *gesamthafte* Zunahme der kommunistischen Stimmen in Italien während der letzten Monate; hingegen dürfte einer gewissen Abnahme im Norden eine Vermehrung im Süden entgegenstehen, wo die zunehmende Industrialisierung und Lösung weiter

Volkskreise von traditionellen konfessionellen und sozialen Bindungen bei denkbar niedrigem Lebensstandard der kommunistischen Propaganda Erfolgsmöglichkeiten verschaffen, die sie im sich konsolidierenden Norden sukzessive einbüßt. Die marxistischen Taktiker verfolgen diese Wellenbewegung von Norden nach Süden sehr genau, so daß der politische Kampf bei den nächsten Wahlen im Mezzogiorno ganz besonders erbittert geführt werden wird.

Wohl sind ja nun einzelne Aktionen gegen die Kommunisten erfolgt. Wir denken dabei vor allem an die Auslogierung aus den ehemaligen «Case del Fascio», die nach dem Umschwung von den Marxisten kurzerhand besetzt und unter dem Namen «Case del Popolo» zu den dörflichen Hauptquartieren der roten Parteibonzen umgestaltet wurden, wie im «Don Camillo»-Film zu sehen war; da aller ehemalige faschistische Besitz aber rechtlich an den Staat überging, wird nun endlich dem Skandal ein Ende gemacht, daß die Antidemokraten seit Jahren zu Vorzugsmietpreisen Mieter des Staates waren, den sie täglich aus den Angeln zu heben versuchen. Aber zu einer wirklich durchgreifenden Kampfansage an die Partei der moskauhörigen Saboteure ist es bis jetzt noch nicht gekommen.

Innenpolitischer Laufschritt an Ort

Was verursacht diesen bedauerlichen Immobilismus, der gerade in der ersten Novemberhälfte infolge eines Vorstoßes Saragats, des rechtssozialistischen Führers, beinahe zu einer Regierungskrise geführt hat? Mangelnder Dynamismus des Ministerpräsidenten Scelba mag mit im Spiele sein, dessen Herkunft und Naturell augenscheinlich statischen Charaktereigenschaften den Vorrang erteilten. Als unerschrockener Polizeiminister hat er sich ja einen Namen gemacht. Vor allem aber dürften die prekäre Mehrheit der Regierungskoalition, die beständigen Spannungen zwischen den Regierungspartnern und die starken Gegensätze innerhalb der Hauptpartei selbst, der Democrazia Cristiana, die Schuld am bisherigen Ausbleiben eines angriffigen Vorgehens gegen die Staatsfeinde tragen. Wohl hat ja die Richtung Fanfanis am neapolitanischen Parteikongreß des vergangenen Sommers einen eklatanten Sieg errungen, aber die Dissidenzen wurden seither nicht überwunden und bestehen in ihrer ganzen Schärfe fort. Die Stimmen, die dem forschen toskanischen Parteisekretär vorwerfen, die Regierung nicht mit voller Hingabe zu unterstützen, wollen nicht verstummen. Wären wir Low oder H. U. Steger, so würden wir Scelba als Equilibristen auf hohem Seile zeichnen, krampfhaft bemüht, sein Gleichgewicht über gähnendem Abgrund mittels einer schwankenden Balancierstange zu bewahren, an deren beiden Enden seine Partei- und Koalitionspartner laufend Riesenschwünge und Kraxelübungen durchführen. Daß auch ein geübter Seiltänzer unter solchen Umständen nicht noch gleichzeitig einen Boxmatch mit einem ungestört kämpfenden Schwergewichtsmeister durchführen kann, liegt auf der Hand. Ob die auf den Vorstoß Saragats erfolgte Bündniserneuerung Kräfte zu einer Großoffensive gegen Togliatti und Konsorten freimachen wird, muß die Zukunft lehren. Wir hegen aus zwei Gründen unsere leisen Zweifel:

Die gegenwärtig aus Moskau, Washington und London unisono ertönenden Friedensschalmeien sind bei der italienischen Vertrauensseligkeit ganz besonders gefährliche Musik. Die marxistischen Führer haben die süße Melodie schon aufgenommen, liegt ihrem Temperament die Wolf-im-Schafspelz-Taktik doch ganz besonders gut. Das Abflauen der politischen Agitationen während der letzten Wochen gehört ins Programm des Lieb-Kind-Spielens. Wer könnte da noch Mißtrauen gegen die glänzenden Organisatoren von harmlosen Tanzanlässen, Schönheitskönigin-wahlen, Sportveranstaltungen und dergleichen mehr hegen, womit man die ahnungslosen Seelen in den roten Parteinetzen fängt? Muß in diesem «Friedensklima» jeder Vorstoß des Regierungslagers nicht beinahe wie ein schriller Mißklang tönen und der eigenen Sache mehr schaden als nützen?

Dann ist die Montesi-Affäre noch nicht erledigt. Wohl wühlt sie die Volksmeinung nicht mehr bis in die tiefsten Gründe auf, wie es in der akutesten Phase der Fall war, aber sie kann erneut die Leidenschaften zur Weißglut steigern, sollte es auch dem Untersuchungsrichter Sepe nicht gelingen, schlüssige Beweise für eine Schuld Piccionis und Montagnas am Tode Wilma Montesis zu liefern, die eine weitere Inhaftierung rechtfertigen würden, oder sollten umgekehrt die Schuldindizien derart schwerwiegend sein, daß es zu einem Monsterprozeß — il processo del secolo — kommen wird. So wie die Dinge nun einmal liegen, ist eine Entpolitisierung dieser Skandalaffäre kaum mehr möglich, identifiziert die kommunistische Partei doch wider besseres Wissen die Angeklagten und ihr korruptes Milieu mit der ganzen italienischen Bourgeoisie. Wohl in Erkenntnis dieser Gefahr beschloß die Regierung, die turnusgemäß nächstes Jahr stattfindenden Administrativwahlen auf 1956 zu verschieben, hoffend, daß bis dann die politische Atmosphäre entspannter als gegenwärtig sein wird.

Der außenpolitische Sektor

Das Zustandekommen der westeuropäischen Union hat in Italien tiefe Befriedigung ausgelöst, sind sich die einsichtigen Kreise angesichts der politischen Zerrissenheit und wirtschaftlichen Schwäche doch durchaus im klaren, daß ihr Land noch mehr als die übrigen Kontinentalstaaten nur durch einen engen intereuropäischen Zusammenschluß eine erfolgreiche Zukunft haben kann. An einer Ratifizierung der Londoner und Pariser Verträge ist kaum zu zweifeln, wenn auch die Rechts- und Linksoppositionen voraussichtlich alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen werden, um sie zu hintertreiben oder doch zu verzögern.

Der Vorschlag Mendès-Frances einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Westdeutschland ist hier nicht mit Begeisterung aufgenommen worden, befürchtet man doch nicht ohne Grund, daß dadurch das große italienische Handelsdefizit im Warenverkehr mit der Bundesrepublik noch anwachsen könnte. Starke Resonanz hat angesichts der nahezu unverändert gebliebenen hohen Arbeitslosenzahl (nach wie vor zwischen $1\frac{1}{2}$ und 2 Mio) die Nachricht gefunden, daß die kommende deutsche Aufrüstung hunderttausende von Arbeitsplätzen für italienische Arbeiter schaffen dürfte. Durch die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der wehrfähigen Nationen erhofft man übrigens auch in Italien eine Abnahme des großen deutschen Konkurrenzdruckes auf den ausländischen Märkten, wo übrigens auch die Japaner — besonders im Textilsektor — unserem Nachbarvolke wieder das Leben sauer zu machen beginnen.

Erfreuliche Wirtschaftsentwicklung

Trotz den Klagen über schlechten Geschäftsgang im Inland, über mangelnde Geldflüssigkeit u. a. m. befindet sich die Wirtschaft Italiens in einem zwar langsam, aber stetig fortschreitenden Gesundungsprozeß. Die Börse, jenes fast untrügliche Stimmungsbarometer, befindet sich seit einigen Monaten in einer ausgesprochenen Schönwetterzone, wobei hervorzuheben ist, daß italienische Bonds auch an ausländischen Börsen erfreuliche Kursgewinne zeigen. Nicht nur steigen die Erträgnisse der internen Umsatzsteuer, sondern auch die Exportziffern bei praktisch unverändert bleibenden Einfuhrzahlen. Die Ausfuhr erreichte in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 648 Milliarden, gegenüber 589 Milliarden in der Vergleichsperiode des Vorjahres, während die Einfuhr mit 997 gegen 999 Milliarden fast gleich blieb. Das Handelsbilanzpassivum hat sich dadurch von 410 Mrd auf 348 Mrd Lire verringert, eine Ziffer, die durch Aktivposten der Zahlungsbilanz (Auswandererrimessen, See- und Luftfrachterträgnisse, Aktivsaldo des Touristenverkehrs etc.) beinahe oder ganz ausgeglichen wird. Der unverändert

feste Kurs der freien Lira, die nur zwei bis drei Prozent unter der offiziellen Notierung steht, ist ein sicherer Beweis dafür. Wenn auch die Banken offiziell noch keinen freien Devisenverkehr kennen, bestehen doch in allen italienischen Städten staatlich geduldete Wechselstuben, die zum freien Kurs ausländisches Geld in unbeschränkten Mengen kaufen und verkaufen.

Wenn die italienische Handelsbilanz, gesamthaft betrachtet, deutliche Erholungstendenzen zeigt, so ist der Warenaustausch Italiens mit seinen größten europäischen Handelspartnern nach wie vor stark passiv: im ersten Semester 46 Mrd (statt 40 im Vorjahrsemester) mit Deutschland, 17 Mrd mit Frankreich, 13 Mrd mit Großbritannien. Wohl diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Einfuhr aus der Dollarzone etwas gelockert wurde. Erfreulich ist die veränderte Situation Italiens in der Europäischen Zahlungsunion. Nachdem bis vor kurzem die monatliche Verschuldung durchschnittlich 20 Mio Dollars betragen hatte, fiel sie im August auf bloß 5 Mio, und der September brachte sogar ein Aktivum von fast 7 Mio Dollar, was seit Jahren nicht mehr vorgekommen war.

Immerhin ist Italien nicht gewillt, seine beinahe totale Importliberalisierung (99%) auf dem gegenwärtigen Zollniveau aufrecht zu erhalten, wie Außenhandelsminister Martinelli kürzlich an der Genfer GATT-Konferenz klar zum Ausdruck brachte — wenn nicht endlich seine traditionellen großen Kunden in fairer Weise Gegenrecht halten. Eventuelle Zollerhöhungen liegen im Bereich der Möglichkeit, wenn die Gefahr auch nicht unmittelbar bevorstehend ist.

Der Produktionsindex ist weiterhin im Anstieg begriffen. Für die ersten acht Monate von 1954 steht er auf 166 (Jahr 1938 = 100) und übertrifft dabei die Vorjahrsziffer um 10,7%. Erfreulich ist vor allem auch die Belebung im Textilsektor, der seit dem Koreaboom vor vier Jahren in eine drückende Stagnation zurückgefallen war.

Der Wirtschaftsumschwung resultiert auch aus der zunehmenden Elektrizitätserzeugung, die sich seit Kriegsende beinahe verdoppelt hat und gegenwärtig die beachtliche Höhe von 32 Mrd kWh erreicht. Wie für die Schweiz stellt sich auch für Italien das Problem, wie nach dem vollständigen Ausbau der Wasserkraftwerke in zwei bis drei Jahrzehnten der jährlich um ca. 7% steigende Energiebedarf gedeckt werden kann. Wenn auch die großen Erdgasvorkommen in der Po-Ebene und die Petrolfunde in Sizilien eine akute Mangelsituation um einige Jahre oder Jahrzehnte hinausschieben können, wird auch Italien der nuklearen Energiegewinnung alles Interesse schenken; man verfolgt die Entwicklung und die Initiativen des Auslandes auf diesem Gebiet mit größter Aufmerksamkeit.

Abschließend möchten wir Italien eine nicht ungünstige Prognose stellen: wenn es der Regierung gelingt, die große Masse zu überzeugen, daß sie nur durch die ungestörte Fortführung des gigantischen Meliorationswerkes im Mezzogiorno und durch eine langsame, aber stetige, die finanziellen Möglichkeiten des Landes nicht überschreitende Verwirklichung des sozialen Wohlfahrtsstaates aus der jahrhundertelangen Misere herausgeführt werden kann, wenn sie die Bourgeoisie und Aristokratie zur Überzeugung zu bringen versteht, daß opferfreudige Mitarbeit am Staat eine weit bessere Kapitalanlage und Zukunftssicherung bedeutet als die in den sichersten schweizerischen und amerikanischen Banktresors aufbewahrten Fluchtgelder, wenn die Regierung beide, d. h. die Vertreter der Arbeit und des Kapitals, zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit zu führen weiß, wie sie z. B. in der Schweiz weitgehend realisiert worden ist, dann dürfte Italiens Stellung im kommenden integrierten Europa dank seiner intelligenten, arbeitsfreudigen, sich mit wenig bescheidenden Bevölkerung und seiner angriffigen Industrie, die durch die harte Liberalisierungskur konkurrenzfähig geworden ist, ausgezeichnet sein. Wird das Schicksal die zu dieser Entwicklung notwendigen zehn oder zwanzig Jahre gnädig gewähren? Es wäre Italien wahrlich zu gönnen.

Peregrinus

Bericht aus der Tschechoslowakei

Westliche Propaganda

Kein volksdemokratisches Land ist für die westliche Propaganda so anfällig wie die Tschechoslowakei. Dies zeigte sich in besonders auffälligem Maße bei der Flugblätteraktion, die der amerikanische Sender «Free Europe» mit Hilfe von Luftballons durchführte. Während bisher die Prager Stellen die nahezu 24 Stunden täglich über zahlreiche Wellenlängen gehenden Sendungen des «Freien Europa» meist stillschweigend hinnahmen und sich auf deren Störung beschränkten, sahen sie sich nunmehr gezwungen, alle ihre Mittel der Massenbeeinflussung zu mobilisieren, da die tschechische Abteilung dieses Propagandasenders nicht als Sprachrohr einer Emigrantengruppe, sondern einer «Volksopposition» auftritt, um von der kommunistischen Regierung die Erfüllung eines Zehnpunkteprogramms zu verlangen. Diese Forderungen tragen aber keineswegs revolutionären Charakter, sondern sollen das Regime zum Nachgeben in Fragen des durch die hohe Investitionsquote gedrückten Lebensstandardes, des Arbeitsrechtes und der Landwirtschaftspolitik zwingen. Das an sich skeptische und kritische Volk, dem jedes revolutionäre Pathos fremd ist, fühlte sich durch diese konkrete Zielsetzung mehr angesprochen als durch irgendwelche nebulose Befreiungslosungen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage der Tschechoslowakei gibt ja zur Unzufriedenheit Anlaß genug und bietet damit der westlichen Propaganda breite Angriffsflächen.

Der «neue Kurs»

Die Bilanz des «neuen Kurses», der in der CSR ebenso wie in den übrigen Volksdemokratien vor einem Jahr bald nach dem elementaren Ausbruch der Arbeiterunruhen einsetzte, ist nicht sehr erfreulich. Die Landwirtschaft, die vor einem Jahr infolge der brutalen Kollektivisierung und starken Benachteiligung zugunsten der weiteren Industrialisierung darniederlag, konnte sich zwar etwas erholen, doch gelang es nicht, die Ackerfläche zu vergrößern, obwohl Hunderttausende von Hektaren Boden, besonders in den ehemals deutschen Grenzgebieten, brach liegen. Die Anbaufläche ist sogar gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, was aber nicht zuletzt auf die großen, wegen der Ablieferungspflicht verheimlichten Ackerflächen zurückzuführen ist. Für 1955 wurden wiederum 50 000 Hektaren Boden zur Wiederbestellung in den Plan gestellt. Die Unwetterkatastrophen dieses Sommers trafen ausgedehnte Gebiete Süd-, West- und Mittelböhmens sowie der Südslowakei, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, das amerikanische Hilfsangebot anzunehmen und vor allem Getreide, Futtermittel und Baumaterial zu verlangen. Das Schlechtwetter verzögerte die Heu- und Getreideeinbringung, ebenso der immer noch herrschende Mangel an Ersatzteilen für Traktoren und Maschinen sowie an landwirtschaftlichem Kleingerät, wie Sensen, Sicheln, Rechen, Schaufeln, Ketten, Hufeisen usw., den man vor einem Jahr abzustellen versprach. Die Lockerung der Zügel gegenüber noch selbständigen Bauern, die immer noch die Hälfte des landwirtschaftlichen Bodens bewirtschaften, bewirkte, daß die «Ablieferungsmoral» sich weiter verschlechterte, da hohe Kerkerstrafen und Vermögensbeschlagnahme nicht mehr drohen. Die in den letzten Wochen wieder einsetzende Kampagne gegen die «Kulaken», die den Ratschlägen der westlichen Propaganda, ihre Produkte nicht dem Staate abzuliefern, sondern wie im Kriege ihren Verwandten und Bekannten in den Städten zukommen zu lassen, willig Ohr schenken, deutet auf eine bevorstehende strengere Behandlung der selbständigen Bauern hin. Die unzureichende Versorgung der Landbevölkerung mit Industriewaren führt

zu einem ausgedehnten Tausch- und Schleichhandel mit den Städten, in denen es wiederum an Fleisch, Milch, Butter und Eiern mangelt. Um aus diesem circulus vitiosus herauszukommen, sieht der Ende August veröffentlichte Landwirtschaftsplan 1955 eine Verstärkung des Anbaues der Futtermittel auf Kosten des Brotgetreides und gewisse Erleichterungen bei der Ablieferungspflicht der Kleinstbauern vor, wobei allerdings an der fortschreitenden Kolchosierung festgehalten wird.

Die Industrieplanung

Die Industrieplanung der Tschechoslowakei will in diesem und im kommenden Jahr die «Disproportionen» in der während des ersten Fünfjahresplanes (1949—1953) stürmisch entwickelten Schwerindustrie beseitigen, indem dieser eine ausreichende Rohstoff- und Energiegrundlage geschaffen werden soll. Die Investitionsquote bleibt jedoch auf demselben Niveau wie in den letzten Jahren, die Mittel zur Produktion von Verbrauchswaren sollen durch Mehrleistungen und Einsparungen aufgebracht werden. Das Ziel ist, mit einer einigermaßen ausgeglichenen Wirtschaft den zweiten Fünfjahrplan 1956 zu beginnen, der erstmals in vollkommenem Einklang mit den aufeinander abgestimmten Fünfjahrplänen des gesamten Ostblocks stehen soll: Diese wirtschaftliche Integration, die mit einer Aufgabenteilung unter die einzelnen Ostblockländer verbunden sein wird, dürfte jedoch beträchtliche Schwierigkeiten mit sich bringen. Der Tschechoslowakei wird als einem der technisch fortgeschrittensten Länder des Sowjetimperiums die Aufgabe übertragen, Maschinenbau und Waffenproduktion in den Vordergrund zu stellen, womit sie wiederum wie im letzten Kriege eine der wichtigsten Waffenschmieden Europas wird. Erst vor drei Jahren, nach dem Ausbruch des Koreakrieges, wurde mit dem Aufbau einer modernen Rüstungsindustrie begonnen, nachdem in den ersten Jahren nach Kriegsende die von deutschen Wehrwirtschaftsführern stark ausgebauten Fabriken größtenteils auf Friedensproduktion umgestellt worden waren. Die tschechoslowakische Armee, die zunächst auf deutsches Beutematerial angewiesen war, erhielt in den letzten Jahren moderne Panzer, Geschütze, Pionierausrüstung und Nachrichtengeräte. Mit Hilfe sowjetischer Techniker wurde in Prag die Produktion von Düsenjägern sowjetischer Bauart MIG 15 und von gepanzerten Schlachtflugzeugen «Iljuschin» aufgenommen, deren Beherrschung, wie die alljährlich anfangs September durchgeführten Paraden anläßlich des Tages der Luftwaffe zeigen, immer größere Fortschritte verzeichnet.

Armeefragen

Bevor die tschechoslowakische Luftwaffe mit MIG-Jägern ausgerüstet wurde, war der südwestböhmische Luftraum Domäne der aus Bayern hinüberwechselnden amerikanischen Düsenjäger. Die Verstärkung der Armee und vor allem der Luftwaffe, aus der alle während des Krieges auf britischer Seite kämpfenden Flieger ausgeschaltet wurden, sollte das Selbstbewußtsein der Kommunisten steigern und die Hoffnungen der Regimegegner trüben. Verteidigungsminister Dr. Alexej Cepicka, der es als Schwiegersohn des verstorbenen Staatspräsidenten und KP-Vorsitzenden Klement Gottwald in den wenigen Jahren seiner Tätigkeit vom ungedienten Rechtsanwalt zum Armeegeneral brachte, ist auf die Leistungen der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie besonders stolz: die in der CSR erzeugten Waffen überträfen, wie er beim letzten Parteikongreß Mitte Juni d. J. feststellte, durch ihre Qualitäten heute bei weitem die Ausrüstung der kapitalistischen Armeen, was allerdings bei der übrigen Maschinenfabrikation nicht der Fall ist, denn deren Qualitätsmängel machen sich besonders im Export störend bemerkbar. Dennoch hegt der Verteidigungsminister selbst Bedenken, ob sich diese Waffen in

richtigen Händen befänden: es gebe bestimmte Mängel in der Kampfausbildung und politischen Vorbereitung der Armee, die meist durch ungenügende Kampf- und Lebenserfahrung der jungen Kommandeure entstehen. Nach durchgreifenden Säuberungen des Offizierskorps von politisch Unzuverlässigen wurden in Schnellsiedekursen Hunderte von KP-Funktionären zu Stabsoffizieren herangebildet, während die neuen Truppenoffiziere aus den Reihen der Arbeiterjugend rekrutiert wurden. Trotz der dem kommunistischen Regime entsprechenden «sozialen Herkunft» der Offiziere dürfte die wahre Kampfmoral der gänzlich nach sowjetischen Vorschriften ausgebildeten Armee im Ernstfall nicht sehr groß sein. Die Tradition der Legionäre, die sich im ersten und auch im zweiten Kriege auf die andere Seite schlugen, ist noch viel zu lebendig.

Das sowjetische Beispiel

Diesem auf seine Eigenständigkeit und kulturelle Entwicklung so stolzen Volk wird auf Schritt und Tritt das sowjetische Beispiel vor Augen geführt, was auf die Dauer unerträglich wird. Die vorgeschriebene Verherrlichung alles Sowjetischen erlitt jedoch im Vorjahr einen starken Rückschlag, als der erste Parteisekretär der KP der Sowjetunion, Chruschtschew, bekanntgab, daß die Leistungen der sowjetischen Landwirtschaft weit hinter denen der Zarenzeit zurückbleiben. Berechtigterweise fragten dann die von der Kollektivierung betroffenen oder bedrohten tschechischen und slowakischen Bauern, ob dies vielleicht das Ergebnis der «Errungenschaften» des Kolchossystems sei. Anderseits ist man bereits an die Fremdherrschaft gewohnt und versucht sie, ähnlich wie der brave Soldat Schwejk, durch die Übertreibung der vorgetäuschten Loyalität zu ertragen. Den Russen sind bereits Bedenken aufgestiegen, als jede tschechoslowakische Delegation ein vorbehaltloses Loblied auf die sowjetische Wirklichkeit anstimmte. In einem von den Prager Stellen ausgegebenen Merkblatt für die nicht sehr zahlreichen Moskaupilger mußte festgestellt werden, daß es ein schlechtes Licht auf deren Aufrichtigkeit werfen würde, wenn sie nach dem ersten Schluck sowjetischen Bieres behaupten, so ein gutes Bier verstünde man nur in der Sowjetunion zu brauen, wo doch jedem Sowjetbürger das Pilsner als Weltmarke bekannt sei.

Föderative Pläne

Der zweimalige Verlust der Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit (1938 und 1948) nach einem nur zwei Jahrzehnte währenden Bestand des selbständigen Staates ließ in breiten Bevölkerungskreisen den Zweifel aufkommen, ob es im Falle eines Umsturzes opportun wäre, den alten von Thomas G. Masaryk eingeschlagenen Weg wieder zu beschreiten. Viele Emigrationspolitiker kamen im Westen bereits zur Ansicht, daß die «eitle Kleinstaaterei» überwunden werden müßte, und neigen zu einem föderativen Zusammenschluß der Donauländer. Die scharfe Reaktion der Prager Statthalter Moskaus auf diese Pläne deutet daraufhin, daß diese Ansichten unter der Bevölkerung lebhaft erörtert werden, zumal es auch den Kommunisten bisher nicht gelungen ist, eine Patentlösung für ein reibungsloses Zusammenleben der beiden Staatsvölker, der Tschechen und Slowaken, in einem zentralistisch gelenkten Staat zu finden. Die kürzlich von den slowakischen kommunistischen Wirtschaftsführern erhobene und dann von Prag scharf zurückgewiesene Forderung nach dem Ausbau eines eigenen unabhängigen slowakischen Wirtschaftskörpers zeigte eindeutig, daß der Prager Zentralismus trotz der Liquidierung der «bourgeoisen Nationalisten» in der slowakischen KP noch immer auf harten Widerstand stößt. Der Mißerfolg der wiederholten Bemühungen der Regierung, das entvölkerte ehemals deutsche Grenzgebiet endlich einmal ausreichend

zu besiedeln, läßt die Vermutung aufkommen, daß sich die Tschechen im Falle eines Sturzes der Fremdherrschaft mit der Wiederkehr der deutschen Bevölkerung abfinden würden.

Die geringe Resonnanz der zahlreichen Aufrufe der Partei und der Regierung und die Überempfindlichkeit gegenüber jedem Wort aus dem Westen zeigt eindeutig, daß die Bevölkerung der Tschechoslowakei immer noch nach dem Westen blickt. Schließlich läßt sich eine über ein Jahrtausend alte Tradition nicht in einem knappen Jahrzehnt überwinden.

Bericht aus Wien

Unter Einhaltung der hauptsächlichsten Spielregeln kapitalistischer Wirtschaftsordnung wurde am 6. April 1954 in Wien die Firma

ESTATE Kongreßorganisation G.m.b.H.

gegründet. Man stellt sich unter diesem etwas charakter- und farblosen Titel wenig vor. Dazu ist es notwendig, sich ein wenig eingehender mit der Hinterfront des Gebäudes, mit den Geschäftsabsichten, welche in der Firmabezeichnung nicht oder nur sehr versteckt enthalten sind, zu befassen. Diese sind: Erwerb von Liegenschaften, insbesondere von Hotelbetrieben, in Verbindung mit Berechtigungen zur Ausübung des Hotel-, Gast-, Schank- und Kaffeehausgewerbes; die Durchführung von Kongressen, Veranstaltungen, Ausstellungen und Exkursionen in technischer Hinsicht, d. h. durch Bereitstellung von Lokalitäten, Transportmitteln, Unterkünften und Verpflegung; schließlich die Beschaffung des zur Ausführung dieser Tätigkeitsabsichten erforderlichen Personals. Nachdem durch Abgrenzung der Geschäftsabsichten etwas Licht, wenn auch nicht Farbe, in die Sache gekommen ist, ist es zweifellos illustrativ zu erfahren, daß die Firma Estate durch Funktionäre des «Weltfriedensrates» geführt wird, standortmäßig somit eindeutig bestimmt erscheint. Selbst das delikate Detail, daß als Firmengesellschafter zwei Firmen aus Vaduz/Liechtenstein figurieren, nämlich die Firmen «Gerance» und «Servir», beide mit einer Stammeinlage von je S 20 000 in US-Dollar, selbst diese Tatsache vermag keine Zweifel darüber aufkommen zu lassen, wem und für welche Zwecke die Firma Estate in Zukunft zur Verfügung stehen wird. Sämtliche Kongresse und sonstigen Veranstaltungen werden, was ihre technische Organisation und Durchführung betrifft, nunmehr durch die Firma Estate bedient werden, natürlich nur insoweit, als ihre Durchführung durch angeschlossene oder nahestehende Organisationen, wie Weltgewerkschaftsbund (WGB), FIR, Weltbund demokratischer Frauen u. ä., erfolgt.

Wien war bereits einmal Kongreßstadt. Es soll es nun vermutlich nach Gründung der Firma Estate und nach dem Wunsche ihrer Initianten, abermals werden. Mancherlei Voraussetzungen prädestinieren die alte Stadt Wien dazu. Sie liegt in gewissem Sinne in der freien Welt und doch wieder nicht in der freien Welt. Man kann, wenn man will, unter sich bleiben, ohne den Kontakt mit den anderen zu verlieren. Man bewegt sich im eigenen Haus, für das man weder Kaufpreis noch Miete bezahlt, und kann darin nach Herzenslust Gäste empfangen, ohne daß alle Welt weiß, wer sie sind, woher sie kommen oder wohin sie gehen. Mit einem Wort: Wien ist die ideale Igelstellung im kalten Krieg, den der Kommunismus führt.

Eine der wesentlichsten Waffen, wenn auch keine Geheim- oder Wunderwaffe, in diesem kalten Krieg ist zweifellos der

Weltgewerkschaftsbund,

der in Zukunft einer der Hauptkunden der Firma Estate sein wird oder es — besser gesagt — schon ist. Denn offensichtlich hat man dem WGB die Erfüllung jener Aufgabe zugedacht, an der die kommunistischen Parteien bisher gescheitert sind: die Errichtung der Weltherrschaft des Kommunismus russischer Prägung.

Die Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgabe liegen nicht in jedem Falle günstig. Sie liegen aus naheliegenden Gründen noch verhältnismäßig am günstigsten in den — um einen Ausdruck des WGB selbst zu gebrauchen — kolonialen und halbkolonialen Ländern, obwohl es auch in diesem Komplex so manchen Stachel im Fleische gibt: China beispielsweise. Und nicht zu vergessen: die lateinamerikanischen Staaten, wo CTAL und — vor allem — ihr führender Kopf Lombardo Toledano in ihrer anarchosyndikalistischen Tradition in schärfstem Gegensatz zum WGB, seinen Zielen und Methoden stehen. Zwar dringt von diesen Gegensätzen nur wenig an die Oberfläche, doch beweist dieser Umstand nicht einen Mangel an Intensität. Daß beispielsweise Toledano, anläßlich einer Exekutivkomiteesitzung, nach einer heftigen Auseinandersetzung im Sekretariat des WGB in Wien schließlich nachgab, hatte seinen Grund ohne Zweifel und ausschließlich in der bedenklichen geographischen Nähe Rußlands.

Obwohl derartige Streiflichter in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen und für die gesamte Atmosphäre des Verbandes bezeichnend sind, besteht in einer umfang- und inhaltmäßig begrenzten Betrachtung kaum der Anlaß und auch nicht die Möglichkeit, sie zu vertiefen. Vielmehr scheint es angebracht, Art und Ziele der Organisation des WGB in großen Zügen der öffentlichen Betrachtung vorzustellen.

Bekanntlich wurde der WGB im Jahre 1952 aus Paris ausgewiesen. Frankreich unterliegt keiner Besetzung und kann sich derartiges leisten. Österreich kann sich derartiges nicht leisten. Der WGB übersiedelte mit seinem Sekretariat und den wesentlichsten Abteilungen nach Wien. Hier residiert er im altehrwürdigen Palais Coburg, Wien I, Seilerstätte 3. Seine leitenden und beschlußfähigen Organe sind: der Generalrat, das Exekutivbüro, das Exekutivkomitee und der Kongreß. Die eigentlich bestimmende Kraft ist das Exekutivkomitee. Und natürlich die Sekretäre, die diesem Exekutivkomitee angehören. Es sind dies: Louis Saillant (Frankreich) als Generalsekretär, Luigi Grassi (Italien), Pjotr Kasakow (UdSSR), Henri Jourdain (Frankreich) und Liu Chang Shen (China). Im übrigen ist das Sekretariat in folgende Abteilungen gegliedert: Wirtschafts- und Sozialabteilung, Abteilung für die Verbindung mit den nationalen Gewerkschaften, Presse- und Informationsabteilung, Abteilung für die Vertretung der kolonialen und halbkolonialen Länder, Abteilung der internen Gewerkschaftsverbindungen (IGV) und 11 Berufsabteilungen.

Zweig- und Außenstellen sowie sogenannte Verbindungsbüros bestehen in Prag, welches gleichzeitig Ausweichstelle und Filialbüro darstellt, beim FDGB in Berlin als Verbindungsstelle Fernost, beim Zentralrat der rumänischen Gewerkschaften in Bukarest als Bearbeitungsstelle für Griechenland und die Türkei, in Japan, im Libanon (für Nah- und Mittelost), im Sudan (für Afrika) und in Südamerika (für die lateinamerikanischen Länder). Von besonderer administrativer Bedeutung sind naturgemäß die Stellen in Berlin und Prag, vor allem als Kurierstellen und für die Durchführung finanzieller, bzw. valutarer Transaktionen. Als zentraler Verwaltungs- und Organisationspunkt verfügt das Sekretariat in Wien aus naheliegenden Gründen über den stärksten Apparat. Diesem gehören, nach Nationalitäten getrennt, an: 19 Franzosen, 6 Sowjetrussen, 5 Holländer, 4 Engländer, 4 Spa-

nier, 3 iranische Staatsangehörige, 2 Schweden, 2 Schweizer, 1 Cubaner, 1 Belgier, 1 US-Amerikaner, 1 CSR-Staatsbürger, 1 Staatsbürger der DDR und 1 Luxemburger. Es kommen 52 Mitarbeiter österreichischer Nationalität hinzu, die allerdings im allgemeinen nur die niedrigen Dienste stellen. Von den Spitzenfunktionären sind die meisten französischer Nationalität, vermutlich wegen ihrer besonderen Eignung. Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß sämtliche ausländischen Funktionäre in jenen Wiener Gemeindebezirken einquartiert werden, die zur sowjetischen Besatzungszone Wiens gehören. Sie sind jedoch nicht in jedem Falle polizeilich gemeldet. Es entbehrt nicht einer gewissen Originalität, daß manche Leute im Zuge der polizeilichen Anmeldung unbewohnbare Bombenruinen oder Lagerschuppen auf Holzplätzen als Wohnsitz angeben.

Was aber treibt diese bunte Gesellschaft,

was sind ihre Absichten und Gedanken? Hiefür mag als Beispiel eine Tagung des Exekutivkomitees dienen, die in der Zeit vom 23. bis 25. Februar 1954 in Wien abgehalten wurde. Hier zeigte sich nicht nur die Linie der Kominform, sondern auch die Taktik der russischen Expansion. Punkt 1 war die Frage der Taktik bezüglich der Kolonialländer, unter dem Motto der nationalen Unabhängigkeit (über die der Weg in die Internationale beschritten werden soll). An zweiter Stelle standen Friede und Friedenspropaganda. Mit einiger Phantasie und Hintergründigkeit läßt sich aus diesen Themen einiges herausholen, wozu in der Zwischenzeit das Weltgeschehen einige Illustrationen geliefert hat. Natürlich besitzen sie ihre volle Zugkraft nicht wesentlich in den wirtschaftlich und sozial hochentwickelten Staaten. Bezüglich dieser konzentriert man sich vor allem auf die möglichst vollständige Erfassung der Betriebe und den Ausbau der Betriebsberichterstattung. Es ist dies, der Absicht nach, nichts anderes als eine Unterminierung, unter Anbringung von Zeitzündern. Eine Verbrämung mit der altbekannten Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird von denen, welche sie benutzen, zweifellos am wenigsten ernst genommen. Was aber in jedem Falle und besonders ernst genommen werden muß, ist die nur ganz leise und verwaschen vorgetragene Tendenz, vor allem die nichtkommunistischen Arbeiterverbände mit dieser Forderung anzulocken und für die kommunistische Expansion einzuspannen, nachdem man an mancher rauhen Wirklichkeit erkennen mußte, daß Erfolge vom jeweiligen Zentrum her so gut wie ausgeschlossen sind und bestenfalls durch langes, aber beharrliches Benagen der Randschichten vorbereitet werden können. Diese Methode kostet viel Zeit und viel Geld. Aber es scheint für die Kommunisten im Augenblick keine andere zu geben. Es bleibt keine andere Wahl, als das Licht des parteipolitischen Kommunismus für eine Weile unter den Scheffel zu stellen, um das des guten Herzens für das Wohl der arbeitenden Klassen um so heller leuchten zu lassen.

Man denkt im Augenblick nicht an revolutionäre Aktionen.

Die konzentrierte Aufmerksamkeit gilt tatsächlich einer nur auf dem Wege einer Zusammenarbeit erreichbaren Unterwanderung nichtkommunistischer Arbeiterverbände und Gewerkschaftsorganisationen. Die Schlagworte hierfür sind: Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Frieden. Schlagworte, die mitunter auch einem Nichtkommunisten ins Ohr gehen. Man darf die Gefahr für die nichtkommunistischen Arbeiterverbände und Gewerkschaftsorganisationen nicht übersehen, die ihnen aus solchen Tendenzen droht. Es ist eine erhöhte Infektionsgefahr, die sie unter Umständen in den Verdacht bringen kann, Bazillenträger zu sein. Um nur ein konkretes Beispiel anzuführen: die Streikunterstützung, bzw. das Problem des Streikes an sich. Es steht außer Frage, daß der WGB in jedem Falle spontan

die Partei der Streikenden ergreifen wird, was immer der Anlaß für ihren Streik sein mag. Und er wird möglicherweise nicht nur Partei ergreifen, sondern unter Umständen seine Unterstützung anbieten. Damit wäre jeder Streik, wäre er in der Sache auch noch so berechtigt, in den Augen jedes Nichtkommunisten diskreditiert. Man mag nun der Meinung sein, daß diese Gefahr in einem Großteil der westeuropäischen Länder, bzw. in den Ländern des Westens überhaupt, gering sei. Leider ist es aber so, daß sie in andern Ländern der Welt sehr groß ist, besonders dort, wo das menschliche, politische und kulturelle Niveau nicht sehr hoch sind.

Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, sowohl die Hintergründe und Ziele als auch die Basis und die Organisation, ihre einzelnen Apparate und den Verlauf der Querverbindungen jener Institution klarzustellen, die — unter Berücksichtigung ihrer Aufträge — eine eminente Gefahr für die freie Welt bedeutet oder zumindest eines Tages bedeuten kann. Einer der Brennpunkte dieser Gefahr ist

die Igelstellung in Wien,

in der es mitunter zugeht wie in einem Taubenschlag. Die österreichischen Behörden sind so gut wie machtlos, solange sich gewisse Kreise einer Exterritorialität bedienen, die sie de facto nicht besitzen und die ihnen auch gar nicht zukommt. Was Exterritorialität ist und wer ihrer teilhaftig zu werden hat, bestimmen nicht die österreichischen Behörden. Sie können wohl mitunter einen ungebetenen Gast, wie jüngst den Leiter der Abteilung Presse und Information des Sekretariates des WGB — Leriche —, welcher der Landesverweisung untersteht, bei seiner Ankunft in Österreich anhalten, festsetzen und abschieben. Aber all das bleibt vergebliche Liebesmüh, solange derartige Gestalten jederzeit die Möglichkeit haben, vierundzwanzig Stunden später bei einem andern Schlupfloch hereinzuschlüpfen, ohne daß die Behörden des Landes dies verhindern können. Es ist klar, daß man eine solche Igelstellung schätzt und fest in der Hand hält. Sie könnte nur dann an Interesse verlieren, wenn eine noch weiter vorgeschobene Stellung sie eines Tages uninteressant macht. Oder aber, wenn es gelingt, diese Igelstellung neuen Interessen und einer anderen Stoßrichtung dienstbar zu erhalten. Die Voraussetzungen hiezu sind zweifellos gegeben.

Militärische Umschau

Rumäniens «Volksarmee»

Während des antisowjetischen Krieges mobilisierte Rumänien 30 große Front-Einheiten, darunter 21 Infanterie-Divisionen. Nach der rumänischen Kapitulation vom 23. August 1944 und ihren katastrophalen Folgen — z. B. machte die Rote Armee sogar nach Abschluß des Waffenstillstandes noch 120 000 rumänische Kriegsgefangene — vermochte die neue Armeeführung Rumäniens der II. Ukrainischen Front bloß 14 Divisionen zur Verfügung zu stellen (1. und 4. rumänische Armee), die in Siebenbürgen, Ungarn, in der Slowakei und Böhmen kämpften. Die rumänischen Truppen wurden ohne Rücksicht auf Verluste eingesetzt. Allein in den sieben Monate währenden Kämpfen gegen die deutsche Wehrmacht zählten diese 14 Divisionen 156 000 Tote und Verwundete — fast ebensoviel wie während des vierjährigen Rußlandfeldzuges. Ihr Blutzoll wurde in 85 sowjetischen Tagesbefehlen rühmend erwähnt, von denen 7 durch Stalin persönlich gezeichnet sind.

Nach der Rückkehr und Demobilisierung sollte die rumänische Armee ziemlich rasch sowjetisiert werden. Die zur «Umerziehung» notwendigen Kader stellten die beiden «freiwilligen» Divisionen «Tudor Vladimirescu» und «Horia Cloşca şi Crişan», die in der Sowjetunion aus rumänischen Kriegsgefangenen rekrutiert worden waren und 1944, bzw. 1945 nach Rumänien heimkehrten.

Durch den Pariser Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 wurde die Stärke der rumänischen Wehrmachtsteile wie folgt begrenzt: Heer: 120 000 Offiziere und Mannschaften; Luftwaffe und Fliegerabwehr: 13 000; Kriegsmarine: 5000.

Um den Stand der rumänischen Wehrmacht herabzusetzen, unterzeichnete König Michael I. zwei Dekrete: das erste königliche Dekret verfügte die Übernahme der beiden «freiwilligen» kommunistischen Divisionen sowie anderer kommunistischer Kombattanten der Internationalen Brigade (Spanien) und der Sowjetarmee in den aktiven Bestand der rumänischen Armee. Das zweite Dekret setzte annähernd 20 000 aktive Offiziere und Unteroffiziere als «unzuverlässige Elemente» schlagartig außer Dienst. Daher lag Ende 1947 der rumänische Effektivbestand mit zehn großen Einheiten von ungleichartiger Zusammensetzung beträchtlich unter den Höchstzahlen des Abkommens von Paris. Zudem versahen diese rumänischen Truppen lediglich «Verwaltungsdienste», d. h. sie führten im sowjetischen Auftrag Requirierungen im Sinne des Waffenstillstandsvertrages durch.

Erst nach der Abdankung König Michaels I. am 30. Dezember 1947 — gefolgt von einer neuen Säuberung der Armeekader — ging das volksrepublikanische Regime an eine Reorganisation der «Volksarmee» nach sowjetischem Vorbild heran. Als wichtigstes Instrument der Reorganisation wurde am 28. März 1948 das «Generalinspektorat für Erziehung, Kultur und Propaganda» geschaffen, das sehr bald die Bezeichnung «Oberste Politische Direktion der Armee» (DSPA) erhielt. Erster Chef der DSPA wurde als Generalleutnant der ehemalige Major der Division «Tudor Vladimirescu», Petru Borilă, bereits 1945 von König Michael zum Direktor der damals gegründeten «Schule für Politische Indoktrinierung» ernannt. Der Nachfolger Borilăs wurde 1949 General Mihai Florescu, Spanienkämpfer und Mitglied des französischen Maquis. Seit 1950 leitet Generalleutnant Nicolae Ceauşescu, der niemals Berufssoldat war, die DSPA.

Ungeachtet des neuen politischen Zuges wurden jedoch 1948 — infolge Mangel an Ausbildungskadern — mehr als die Hälfte der von König Michael außer Dienst gestellten Offiziere reaktiviert. In der Artillerie und in den Spezialeinheiten erreichte die Reaktivierung der «unzuverlässigen Elemente» 85%, wobei Heeresminister Emil Bodnăraş — selbst ein ausgezeichneter Artillerist — viele seiner Promotions-Kameraden in führende Kommandos berief. Selbstverständlich beschränkte sich die Rolle dieser ehemals königlich rumänischen Offiziere auf die Heranbildung neuer Kader (allein das Heer bildet jährlich 1000 Offiziere aus). Sie werden allmählich ausgeschaltet, und gegenwärtig gibt es vom Bataillons-Kommandanten abwärts keine «ehemaligen» Offiziere mehr.

Die Streitkräfte

Heute verfügt die rumänische *Wehrmacht* über folgende Bestände:

Heereseinheiten	250 000	Offiziere und Soldaten
Grenz-Einheiten	65 000	
Sicherheitstruppen MAI	50 000—55 000	
Kasernierte Miliz	40 000	
Arbeiterbataillone (Paza)	35 000	
Militärfeuerwehr	10 000	
Militärische Einheiten des Landwirtschaftsministeriums	6 000	
	461 000	

Soweit diese Truppenverbände dem Heeresministerium (Ministerul Forţelor Armate MFA) unterstehen, werden sie administrativ in drei Militär-Regionen erfaßt: Jassy, Bukarest, Klausenburg (Cluj). Die Militär-Regionen sind in «Circumskriptionen» und «Militär-Kommissariate» unterteilt, welche die früheren «Militär-Kreise» (Cercuri) ersetzen.

Operativ sind diese Streitkräfte (MFA) wie folgt organisiert: 3 Armeekorps mit wechselndem Befehlsstandort und Dislokationsbereich, identisch mit den sowjetischen Armeekorps. Jedes Armeekorps verfügt über je: 3 Inf.-Div., 1 Pak-Brigade, 1 Art.-Brigade (Kanonen 76,2 mm, Haubitzen 105 mm und 122 mm); ferner 1 Rgt. Schwere Art. (Haubitzen 152 mm), 1 Rgt. Sturm-Art. (Type SU 76 und SU 88/?), 1 Rgt. Flak-Art., 1 Rgt. Pioniere, 1 Rgt. Nachrichtentruppen, 1 Rgt. Panzer, 1 Rgt. Aufklärungstruppen (Kavallerie). Die 27 Infanterie-Regimenter bestehen aus je 3 Bataillonen und 1 Abt. Rgt.-Art. zu 3 Batterien.

3 Divisionen Gebirgsjägertruppen (Vânâtori de Munte); gleich wie die Infanterie-Divisionen aufgebaut, mit dem einzigen Unterschied, daß jedes Rgt. bloß 2 Bat. neben 1 Abt. Rgt.-Artillerie besitzt.

Ein Panzerkorps, bestehend aus: 3 Panzer-Brigaden, 1 motorisierten Inf.-Brigade, 1 Rgt. Pak, 1 Rgt. Sturmgeschütze, 1 Rgt. Aufklärung, 1 Rgt. Panzer-Pioniere.

Eine selbständige Artillerie-Division in Tecuci, bestehend aus: 4 Rgt. Schwere und Überschwere Artillerie (152 und 230 mm), 2 Rgt. Stalin-Orgeln (Salvengeschütze).

Unter sämtlichen Satelliten-Armeen verfügt nur noch Polen über eine selbständige Artillerie-Division. An der gesamten «Südfront» stellt die rumänische Armee die gemeinsame Artillerie-Reserve. — In diesem Zusammenhang sei festgestellt, daß noch 2 weitere rumänische Waffengattungen stärker entwickelt wurden, als es die Erfordernisse der rumänischen Armee selbst notwendig erscheinen lassen: Brückenbau-Pioniere (Pontoniers) 3 Rgt. und Eisenbahn-Pioniere 5 Rgt.

2 Flak-Divisionen mit insgesamt 12 Rgt. stehen zur Verfügung. In der zivilen Luftschutzorganisation sind Milizeinheiten und Sicherheitstruppen inbegriffen.

Die *Luftwaffe* der Volksarmee verfügt über 2 Divisionen Düsenjäger (in Ianka und Craiova), 1 Division Jäger, 1 Division Stormovik, (in Turnişor, Hermannstadt-Sibiu, Turda), 1 Division Bomber (in Ploieşti, Kronstadt-Braşov).

Außer diesen großen Einheiten verfügt die rumänische Luftwaffe noch über: 1 Rgt. Jäger, das einer gemischten rumänisch-ungarisch-bulgarischen Luftwaffendivision angehört. Diese gemischte Einheit ist stationiert in: Widin (Bulgarien) — Lugosch (Rumänien) — Kecskemét (Ungarn).

Weitere selbständige Einheiten der rumänischen Luftwaffe sind: 1 Rgt. Aufklärer, 1 Rgt. Verbindungs-Flugzeuge, 1 Rgt. Transport-Flugzeuge, 1 Rgt. Luftwaffen-Pioniere, 1 Rgt. Luftnachrichtentruppen; 3 Bat. Fallschirmjäger; 1 Gruppe Wasserflugzeuge.

Zur Ausbildung der Luftwaffen-Angehörigen dienen: 3 Offiziers-Schulen (Tecuci, Focşani, Hermannstadt-Sibiu), 2 technische Unteroffiziers-Schulen (Mediasch, Galatz) sowie 1 allgemeines Instruktionszentrum für die Luftwaffe in Buzău.

Die *Marine* der rumänischen Volksarmee weist eine unbedeutende Anzahl von Schiffseinheiten auf, obwohl sie sich gegenüber den andern volksdemokratischen Donauufer-Staaten durch höhere Bestände auszeichnet. Inzwischen haben die Sowjets der Rumänischen Volksrepublik die Beuteschiffe des Waffenstillstandes zurückgestellt. Ebenso ist eine Anzahl neuer Einheiten auf den Werften von Galatz und Brăila im Bau. Dagegen ist die Rolle der rumänischen Kriegsmarine in der Küstenverteidigung sehr bedeutend. Auf diesem Sektor verfügt das Marinekom-

mando über mehrere Regimenter Küsten-Artillerie, Marine-Infanterie, wie auch eine Brigade Marine-Panzer.

Die *Grenz-Einheiten* (Grăniceri) unterstehen wohl dem Innenministerium, bilden aber trotzdem operative Einheiten, die über ihre eigene Artillerie, Pionier- und Nachrichten-Einheiten verfügen. Es gibt insgesamt 15 Grenz-Regimenter von variabler Zusammensetzung. Die Zahl der Bataillone in einem Regiment schwankt zwischen 3 und 5. Jedes Bat. besitzt mehrere Kavallerie-Züge unter dem Namen «Cavaleria Intervenţionistă de Grăniceri».

Die *MAI-Sicherheitseinheiten,* zuerst SS (Securitatea Statului) genannt, unterstehen ebenfalls dem Innenministerium (MAI) und sind in Regimenter und unabhängige Bataillone organisiert. Ihr Gesamtstärke beläuft sich auf 10—12 Regimenter. Die MAI-Truppen verfügen auch über ältere Panzertypen.

Die Kasernierten Miliz-Einheiten der rumänischen Volksarmee (neben jenen Miliz-Einheiten, die Gendarmerie- und Polizeidienste versehen) zählen u. a. folgende Spezialeinheiten: 1 Rgt. Miliz PCA (Häfen- und Wasserverkehrs-Miliz), Eisenbahn-Miliz-Bataillone, berittene Milizeinheiten (zur Verfügung der Flak-Kommandos).

Bewaffnete Arbeiter-Bataillone unterstehen trotz militärischer Ausbildung und Ausrüstung weder dem Heeres- noch dem Innenministerium, sondern versehen unter direkter Führung der «Rumänischen Arbeiterpartei» folgende Dienste: Als Werkschutz (Paza) stehen sie im Ernstfall für Verteidigungs, bzw. Zerstörungsaufgaben bereit.

Die Militär-Feuerwehr rekrutiert ihre Angehörigen ebenfalls aus den einberufenen Jahrgängen und ist in Kompagnien organisiert, die nach Bedarf auf Städte und Großbetriebe verteilt sind.

Die militärischen Einheiten des Landwirtschafts- und Forstministeriums bilden das «Korps der Waldhüter» und das «Wachkorps» für Getreide-Silos und die Unternehmen dieses Ministeriums.

Man darf diese Übersicht nicht abschließen, ohne die militärischen Arbeits-Detachements DGSM (Directiunea Generala a Serviciului Muncii; zirka 75 000 Mann aus 3 Jahrgängen) zu erwähnen. Der Volksmund nennt sie «die Armee Tschiang Kai-scheks», weil sie vornehmlich aus den Reihen der «Kulaken» und der «unzuverlässigen Elemente» für Großbauten, Großbetriebe und Bergwerke rekrutiert werden. Sie unterstehen dem Ministerium für Bauten und Baumaterial. Ihre Offiziere tragen vor ihrer Rangbezeichnung das Wort «Construcţie», also z. B.: «Konstruktions-Oberst».

Die Führung

der rumänischen Volksarmee hat Heeresminister Armeegeneral Emil Bodnăras inne, ukrainischer Abkunft, jedoch rumänisiert; sein Bruder diente aber z. B. in der deutschen Waffen-SS und ist heute Rayons-Vorsitzender von Suceava; die Familie war 1940 freiwillig nach Deutschland umgesiedelt. 1924 zweitbester der Offizierspromotion, desertierte Bodnăras später in die Sowjetunion, besuchte die Frunse-Militärakademie, war Spanienkämpfer, Kurier und kehrte im September 1944 als Angehöriger der Roten Armee im gleichen Oberstenrang wie Anna Pauker nach Bukarest zurück. Neben diesem ausgezeichneten Berufsoffizier gibt es in der obersten rumänischen Wehrmachtführung allerdings viele neuuniformierte Parteigenossen, wie z. B. Konteradmiral Florea Diaconu, Oberstkommandierender der Marine, bis 1944 Heizer, zigeunerischer Abkunft. Oder sowjetische Offiziere mit rumänisierten Namen, wie z. B. General Nicolau. Die Liste der Generalität weist zahlreiche Offiziere auf, die im Kampf gegen den Bolschewismus höchste Auszeichnungen errangen: z. B. Armeegeneral Lascăr, ehemals königlicher Generalleutnant und Divisionskommandeur, von Adolf Hitler persönlich im Führerhauptquartier mit dem «Eichenlaub» ausgezeichnet; Generalleutnant der Panzer Mircea (Otto)

Haupt, k. u. k. Fähnrich, königlich rumänischer Oberstleutnant; Ende 1943 Adjutant der Anna Pauker und als einziger Rumäne von Stalin persönlich zum Oberst befördert.

Ausrüstung und Moral

Ausrüstung, Kleidung und Verpflegung der «Volksarmee» sind ebenso wie die Organisation dem sowjetischen Vorbild völlig angeglichen und kennzeichnen das rumänische Militär als privilegierten Stand. Der Nachdruck der militärischen Erziehung liegt auf der praktischen Ausbildung, die vom Frühjahr bis zum Spätherbst in besondern Sommerlagern erfolgt. Während der dreijährigen Dienstzeit sind Urlaube fast unbekannt; für die Mannschaften besteht z. B. Gaststätten-Verbot. Die politische Erziehung der Rekruten nimmt einen breiten Raum ein, wobei auf eine «Tradition» kommunistischer Observanz Rücksicht genommen wird. Neben anderen nichtrumänischen Nationalitäten erfreut sich besonders das madjarische Element in der Armee einer gewissen Bevorzugung (Sicherheitseinheiten).

Die «Volksarmee» rekrutiert sich immer noch zum Großteil aus den Söhnen der unentwegt renitenten Bauernschaft. Im allgemeinen ist Insubordination in der rumänischen Wehrmacht auch heute unbekannt; ebenso verzeichnet man kaum Desertionen innerhalb des Landes. Wohl aber desertierten z. B. allein aus dem 3. Grenzregiment (Oravița) zwischen 1950 und 1954 fast 100 Grenz-Soldaten nach Jugoslawien. Auch aus dem Offiziersnachwuchs der Volksdemokratie flüchteten hervorragende Vertreter nach dem «Westen».

Nach der Fanariotenzeit wurde die moderne rumänische Armee 1831 auf russische Initiative durch das sogenannte *Regulamentul Organic* begründet. Damals (wie heute) waren ihre Dienstreglemente, Uniformen und Waffen russisch. 1853 glich sie Fürst Ion Cuza dem französischen Vorbild an. Diese französisch ausgebildete Armee erlebte unter König Carol I. 1877 als Bundesgenossin der zaristischen Armee ihre Bewährung gegen die Türken. Ab 1877 nach preußischem Muster reorganisiert, zog die rumänische Armee 1916 mit deutschem Kriegsmaterial gegen die Mittelmächte in den Krieg. Nach 1918 erfolgten Ausbildung und Ausrüstung dieser Armee nach französischen Grundsätzen, und sie kämpfte 1941/44 gegen Frankreichs sowjetischen Verbündeten. Es sei dahingestellt, gegen welchen Feind die rumänische Armee künftig — mit sowjetischer Ausrüstung und Ausbildung versehen — ihre Feuerprobe bestehen wird.

Ion V. Emilian